AOK-Bundesverband
Die Gesundheitskasse.

Pressestatement

Reimann zur WIdO-Analyse: Entlastungen bei Arzneimittelausgaben dürfen nicht durch Standortklausel konterkariert werden

Berlin, 3. November 2026

Die Ergebnisse der heute vorgelegten Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) zum Arzneimittelmarkt 2027 und dessen Ausgabendynamik kommentiert die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Carola Reimann, wie folgt:

„Am Freitag hat das BMG auf Grundlage der Schätzerkreis-Prognose den rechnerischen durchschnittlichen Zusatzbeitrag für 2027 auf weiterhin 2,9 Prozent festgelegt. Das Sparpaket wirkt – und das ist erst einmal eine gute Nachricht für alle Beitragszahlenden. Die positive Prognose darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzsituation weiterhin angespannt ist. Für eine langfristige Stabilisierung müssen Strukturreformen folgen. Zudem sind weitere Aufweichungen und Ausnahmen vom Sparpaket dringend zu vermeiden.

Besonders plastisch wird das im Arzneimittelbereich. Hier haben die Ausgaben mit Nettokosten allein in der ambulanten Arzneimittelversorgung in Höhe von 62,6 Milliarden Euro zuletzt einen neuen Höchststand erreicht. Das liegt nicht an einer Zunahme der Verordnungen, sondern an den immer höheren Preisen, insbesondere für patentgeschützte Arzneimittel.

Daran ändert mittelfristig auch das GKV-Sparpaket nichts, selbst wenn die Zahlen auf den ersten Blick erfreulich erscheinen: So geht das WIdO wegen der Anhebung des Herstellerabschlags für 2027 nur von einem Kostenanstieg von 2,2 bis

Kontakt und Information

Dr. Kai Behrens, Telefon 01520 156 3042, presse@bv.aok.de
AOK-Bundesverband, Rosenthaler Str. 31, 10178 Berlin
www.aok.de/pp/bv, X: @AOK_Politik, Bluesky: @aok-bundesverband.bsky.social

maximal 2,8 Prozent im Arzneimittelbereich aus. Die Expertinnen und Experten warnen aber gleichzeitig vor einer bloß kurzfristigen Entlastungswirkung. Strukturreformen – allen voran des AMNOG-Verfahrens – müssen dringend folgen.

Auch die Standortklausel ist eine offene Flanke und ein Risiko für massive Preissteigerungen im Arzneimittelmarkt, die die Beitragssatzstabilität wieder zunichtemachen könnten. Die optimistische Prognose des Schätzerkreises darf jetzt nicht dazu führen, dass teure Geschenke an einen Industriezweig gemacht werden, der bislang ohnehin größtenteils von den Sparanstrengungen verschont geblieben ist. Die Ziele der Beitragssatzstabilität und der angemessenen Preisbildung bei Arzneimitteln in der GKV dürfen nicht zugunsten von Standortförderung und Industriepolitik geopfert werden."

Kontakt und Information

Dr. Kai Behrens, Telefon 01520 156 3042, presse@bv.aok.de
AOK-Bundesverband, Rosenthaler Str. 31, 10178 Berlin
www.aok.de/pp/bv, X: @AOK_Politik, Bluesky: @aok-bundesverband.bsky.social